

Wie politisch ist das Mandat für einen Asta

Ein Richter entscheidet, welche Äußerungen ein Gremium der verfassten Studierenden machen darf. Dabei wird zwischen einem hochschulpolitischen und einem allgemeinpolitischen Mandat unterschieden. Höchst brisant ist die zweifelhafte Unterscheidung insbesondere dann, wenn es um gesellschaftspolitische Sachverhalte und Entwicklungen geht. Hier war es der Aufruf zu einer Demonstration gegen die NPD.

Jede gesellschaftliche Entwicklung nimmt Einfluss auf die Hochschule, auf die gesamte Bildungslandschaft. Jedem bewussten, reflektierten Menschen wird leicht augenscheinlich, wie sich der Bildungsdiskurs entwickelt, verändert hat, wie Ziele und Orientierungen neu ausgerichtet wurden. Je nach politischen Mehrheitsverhältnissen. Hochschule ist in einer Demokratie Teil dieser Gesellschaft und untrennbar mit ihr verbunden. Zumal sie der demokratischen Kontrolle unterliegt und sich in ihrer Ausgestaltung der politischen Willensbildung unterordnen muss. Das Hochschulgesetz bestimmt, beschlossen durch ein Parlament. Von Mehrheiten, die durch Wahlen entschieden werden. Denen liegt Meinungsbildung zugrunde, die durch Gesinnung, Ansichten, Positionen gefüttert wird. Wer bestimmt, welche Meinungsbildung und -freiheit erlaubt ist? In diesem Land ist die ein hohes Gut, theoretisch.

Wenn die NPD mit menschenverachtender Logik diffamiert, demonstriert oder agiert, sollen sich diejenigen, in deren Mitte Opfer dieser Hetze lernen und leben, erklären, ist jede Gegenposition Ausdruck demokratischer Gesinnung. Das ist Allgemeinwissen. Also auch Allgemeinpolitik? Damit der studentischen Selbstverwaltung verboten? Es ist Unsinn, eine Grenze ziehen zu wollen. Im Gegenteil soll ein Asta sich erklären, Haltung beziehen. Hierzu und zu allen Fragen, die Studierende beschäftigen. Wer in der Meinungsbildung Zuständigkeiten vergibt, hat das Prinzip von Demokratie in dieser Gesellschaft bereits deformiert.

Der Auftrag eines Gremiums in der Studierendenarbeit ist, sich mit dem Belangen der Studierendenschaft zu beschäftigen. Wie das erfolgt, hängt von den handelnden Personen, den gewählten Gruppen und den Mehrheiten ab. Vor allem, wenn von den tausende Studierenden aus der ganzen Welt an unseren Hochschulen die Erklärung erwartet wird, warum sie in Deutschland von organisierten Neonazis öffentlich diffamiert werden dürfen. Dies zu erläutern und sich zu verhalten, als Person, Gremium oder Struktur, ist allgemeine Aufgabe in einem auf demokratischen Prinzipien aufgebauten Gemeinwesens. Wer das einschränkt oder gar verbietet, verlässt die Basis dieser Gesellschaftsordnung, die sich ganz allgemein als freiheitlich-demokratisch verstanden wissen möchte.

Und es sei daran erinnert, welche Folgen es in Deutschland hatte, als der breite Widerstand gegen den deutschen Faschismus versagte, Lehre, Wissenschaft, Justiz und alle gesellschaftlichen Strukturen gleichgeschaltet wurden. Es gibt eine allgemeine Verantwortung für jedes gewählte Gremium, ob in der Schülerschaft, bei den Studierenden oder in den institutionalisierten Strukturen dieses Landes, sich der gesellschaftlichen Diskursen oder Konflikten nicht zu entziehen. Diese Verpflichtung zu beschneiden ist absurd.

Es bleibt schwer nachvollziehbar, das „hochschulpolitische Mandat“ des Asta erneut als Begrenzung zu interpretieren. Es ist der besondere Status, sich fachlich einzubringen, Stellung zu nehmen und entsprechend angehört zu werden. Es entbindet keinesfalls von der Mitwirkung am gesellschaftlichen Diskurs wie z. B. der Wohnungs- oder Verkehrspolitik. Zumal alle wesentlichen Grundlagen, mit denen Hochschulen umgehen oder arbeiten müssen, außerhalb gefällt werden. Wie derzeit der Landtag das Niedersächsische Hochschulrahmengesetz aufgrund und in öffentlichem Diskurs ändert.

Deswegen hat der Asta richtig gehandelt, als er aufrief, sich zu bekennen und gegen deutsche Neonazis zu demonstrieren. Es war schließlich ein Aufruf an Menschen, Individuen, politische Subjekte, nicht Befehl oder Zwang. Deshalb gebührt dem Asta alle Hochachtung, diese Entscheidung getroffen, seine Verantwortung wahrgenommen zu haben!

Nicole Verlage

Vorsitzende

DGB Stadtverband Osnabrück